

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis für die Anzeiger: 200 Mark und umgerechnet 30 Goldmarken, einschließlich Anzeigen 20 Goldmarken, Kellern-Preise 20 Goldmarken, sämtliche Preise 20 Goldmarken.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 82

Dienstag, den 7. April 1925

20. Jahrgang

Auftakt zum zweiten Wahlkampf.

Keine Kandidatur Hindenburg's.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat eine Kandidatur als Reichspräsident endgültig zugunsten der Kandidatur Dr. Jarres abgelehnt. Damit ist auch diese wichtige Frage, die in letzter Zeit erneut aufgetaucht war, erledigt. Voraussichtlich wird der Reichsblock schon zu Beginn dieser Woche den endgültigen Wahlausruf für Dr. Jarres veröffentlichen.

Vom Reichsblock wird aus Berlin mitgeteilt, die Verhandlungen des Reichsblocks am Sonnabend führten zu dem einmütigen Beschlusse, mit voller Kraft den Kampf gegen die von der Weimarer Koalition aufgestellte Kandidatur Marx geschlossen aufzunehmen. Die endgültige Proklamation des Reichsblocks wird Mittwoch erfolgen, da maßgebende Organe anderer Parteien erst Dienstag ihre Beschlüsse fassen können.

Marx' Bekenntnis.

In einer Besprechung der Vertreter der im Volksblock zusammengeschlossenen Parteien erklärte sich Reichsfinanzler a. D. Wilhelm Marx zur Annahme der Reichspräsidentenwahlkandidatur dankend bereit, indem er u. a. ausführte:

Die höchste Pflicht des Mannes, den das deutsche Volk als seinen Vertrauensmann zum hohen Amt des Reichspräsidenten beruft, ist der Schutz und die Wahrung der Verfassung, aus der ihm seine Rechte und Pflichten erwachsen. In freiem Entschlusse bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaat, zur Republik. Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, diesen Willen des Volkes zu achten und zu sichern. Auf diesen Grundfesten der Verfassung soll sich in Freiheit und gegenseitiger Tuldung unser nationales wirtschaftliches und kulturelles Leben entfalten. Solange ich politisch tätig bin, ist es immer mein Ziel und Streben gewesen, unser so tief zerklüftetes Volk zu gemeinsamer Arbeit am Wohle des Vaterlandes zusammenzuführen. Dem Ziele, das sich das deutsche Volk als eine unauflösbare Schicksalsgemeinschaft einmal erkennen, fühlen und betätigen wird, werden wir näherkommen, je mehr es uns gelingt, unser ganzes öffentliches Leben mit wahrhaft demokratischer Gesinnung und sozialem Geiste zu durchdringen. Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung und Pflege der hohen Güter christlicher und deutscher Kultur bemüht. Gerade in dieser Arbeit wuchs in mir die Erkenntnis, wie sehr jedwede echte Ueberzeugung Achtung verdient und daß ein ruhiges Zusammenleben nur verbürgt werden kann, wenn der Staat die Gewissensfreiheit seiner Bürger gewährleistet und wenn das Volksleben von gegenseitiger Rücksichtnahme und Duldsamkeit erfüllt ist. In diesem Geiste zu wirken, wird mir stets eine der vornehmsten Pflichten sein. Wie ich Ziele und Wege der deutschen Außenpolitik sehe, darüber habe ich durch meine Arbeit im Dienste des Reiches volle Klarheit geschaffen. Das deutsche Volk will die Verständigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrhafter Weltbefriedung, ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Darum müssen wir alles daran setzen, daß der Wiederherstellung der noch besetzten Gebiete die endliche Freiheit wird, und daß allen unseren Volksgenossen das Recht der staatlichen Selbstbestimmung zugestanden wird, das andere Völker für sich in Anspruch nehmen.

Sitzung des demokratischen Partelausschusses.

Der Partelausschuß der demokratischen Partei trat gestern im Reichstag unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Nach einem Referat Kochs über die bisher geführten Verhandlungen wurde mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung angenommen, in welcher es heißt: Alle Versuche, für den zweiten Wahlgang eine gemeinschaftliche Kandidatur aller staatsfreundlichen Parteien zustande zu bringen, sind von uns unterstützt worden, scheiterten aber an der Ablehnung durch fast sämtliche Parteien sowohl rechts als links. Unter diesen Umständen und angesichts der dem Reich und Volk von außen und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche Grundlage für eine Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Der Partelausschuß billigt den Entschluß des Vorstandes betreffend die Verhandlungen über eine Kandidatur Marx und erkläre in Marx den gemeinsamen Kandidaten des Volksblocks. Er fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu fördern.

Völkischer Protest.

Nach einer Meldung des „Völkischen Kuriers“ hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frid beim Wahlprüfungsamt die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl vom 29. März 1925 angefochten. Die Anfechtung wird mit dem Adolf Hitler auferlegten Rede- und Versammlungsverbot und der dadurch verursachten Unmöglichkeit, für die Reichspräsidentenwahl, die nötige Versammlungspropaganda, durchzuführen, begründet.

Strafanträge im Tschekaprozess.

Leipzig, 4. April. Im Tschekaprozess stellte Rechtsanwalt Dr. Neumann heute nach etwa siebenstündigem Plädoyer die Strafanträge. Er beantragte gegen den Angeklagten Neumann wegen vorsätzlichen Mordes nach § 211 des Reichsstrafgesetzbuches im Falle Raub die Todesstrafe, wegen der übrigen Fälle nach § 49b insgesamt 7 Jahre Zuchthaus sowie dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen den Angeklagten Skoblenstky wegen Anstiftung zu dem gleichen Verbrechen die Todesstrafe und 15 Jahre Zuchthaus; wegen Mittäterschaft gegen die Angeklagten Böge Todesstrafe und 8 Jahre Zuchthaus, Margies Todesstrafe und 9 Jahre Zuchthaus, Szon Todesstrafe und 4 Jahre Zuchthaus; außerdem gegen alle fünf Angeklagten 500 Mark Geldstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Rechtsanwalt die Strafen aus dem Dreublikshuygesetz und zwar gegen Meus 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Wörner 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen König und Diener je 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Waber 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Kuhl 8 Jahre Gefängnis, gegen Hufe 3 Jahre Zuchthaus, gegen Hallup 2 Jahre Zuchthaus, gegen Inzorf und Resnise je 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und gegen Frau Resnise 10 Monate Gefängnis.

Polnische Hirngespinnste.

In ihrem Leitartikel bedauert die Warschauer „Niezapomniana“, daß der Weltkrieg nicht durch Einschließung Deutschlands in ethnographische Grenzen und durch Abriistung unter dem Druck der alliierten Bannnetze beendet worden sei. Man hätte im Rheinlande einen besonderen Staat bilden und Polen neben den Resten Pommerns auch ganz Schlesien und Ostpreußen zurückgeben müssen. Bedauerlicherweise, so fährt das Blatt fort, habe sich England zum Schaden des Friedens in Kontinentalfragen eingemischt. Die sozialistisch-kommunistische Politik Macdonalds und dessen anmaßende Ignoranz hätten den deutschen Appetit auf die Ostgrenze gesteigert und zum Widerstand gegen den Frieden ermuntert, ebenso wie die Politik Herriots, die von der deutschfreundlichen französischen Linken beeinflusst sei und die deutschen Schwärmer über Grenzberichtigungen hervorgerufen habe. Die Rückkehr zum Frieden und zu normalen Wirtschaftsverhältnissen und die Ueberwindung des englischen Widerstandes seien nur möglich, wenn Frankreich von Herriot zur verständigen und nüchternen Politik Poincares zurückkehre. Diese bedeute den Frieden, Herriots Politik dagegen den Krieg.

Auslandsstimmen zur Ablehnung des Handelsabkommens mit Spanien.

Madrid, 5. April. Ein Leitartikel der „Epoca“ erklärt, in dem Handelsabkommen mit Deutschland sei Spanien viel zu weit entgegengekommen, weil Deutschland ihm zugestandene Vorteile bei weitem nicht durch Gegenleistungen ausgeglichen habe. Die Zurückweisung des Vertrages durch den Reichstagsausschuß sei gänzlich unverständlich.

Rom, 4. April. „Tribuna“ weist auf die ablen Folgen hin, die die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages von seiten Deutschlands auf die noch abzuschließenden Handelsverträge Deutschlands mit anderen Staaten haben könnte.

Die Lage im Aufstandsgebiet der Kurden.

Angora, 4. April. Die Aufständischen sind nach der Einnahme von Sani durch die türkischen Truppen zerstreut worden. In Sani wurden wichtige Schriftstücke über die Organisation der Aufstandsbewegung gefunden. Die Truppen setzten den Vormarsch und die Verfolgung fort und besetzten noch am 1. April Bidje. Eine Anzahl Aufständischer fiel in die Hände der Truppen. An mehreren Orten fanden harte Zusammenstöße statt. Bei einem derselben fielen über 200 Aufständische. Im ganzen aufständischen Gebiet herrscht Schneesturm.

Stand des Finanzsanierungsplans der französischen Regierung.

Am Montag wird in Paris ein Kabinettsrat zusammengetreten, in dessen Verlauf der Finanzminister die Bestimmungen des Gesamtprojektes bekannt geben wird, das er zur Sanierung der Finanzen bearbeitet hat. Der endgültige Text dieses Projektes wird am Dienstag vormittag in einem Ministerrat festgelegt und dem Präsidenten der Republik zur Unterschrift vorgelegt werden, bevor er, am Dienstag der Kammer unterbreitet werden wird.

Finanzminister de Monzie hat heute vormittag die Vertreter der französischen Presse empfangen und ihnen mitgeteilt, Näheres über die von ihm vorgelegten Finanzgesetze werde am Montag, spätestens am Dienstag bekanntgegeben werden. Es sei ein gutes Zeichen des Vertrauens, daß trotz des Ministerwechsels der Frankan an der Birse sich gehalten habe.

Die Agentur Havas will erfahren haben, daß de Monzie einen Plan studiere, durch den er den rascheren Eingang der Kriegsgewinnsteuer erzielen wolle, und zwar auf Grund freundschaftlichen Uebereinkommens mit den Steuerschuldnern.

Stellungnahme der Senatsgruppen zu den Plänen de Monzie's.

Paris, 4. April. Nachdem die Mitglieder der Parteileitung der Senatsgruppe der Demokratischen Linken heute vormittag vom Ministerpräsidenten Herriot empfangen wurden, der ihnen erklärte, daß er sich mit ihnen sowie mit den dem Kartell der Linken angehörenden Kammerfraktionen auszusprechen wünsche, hat die Gruppe in einer Fraktionsitzung die vor dem Parlament anhängigen Fragen geprüft. Mehrere Mitglieder brachten ihr Erstaunen über die Ernennung de Monzie's und über die Untüchtigkeit zum Ausdruck, daß sich das Kabinet dem Standpunkt de Monzie's in der Frage der Vorkasse beim Vatikan angeschlossen habe. Heute nachmittag hat die Fraktion ihre Beratungen fortgesetzt. Die linksstehenden Mitglieder bestanden darauf, daß man in der Frage der vollständigen Abschaffung der Vorkasse beim Vatikan kein Kompromiß schließen dürfe. Die gemäßigten Radikalen erklärten sie könnten sich dem System der Zwangsanleihe, von dem man so viel spreche, nicht anschließen. Es wurde beschlossen, eine erschöpfende Darlegung des Ministerpräsidenten abzuwarten und erst Stellung zu nehmen, wenn der Regierungsentwurf vorliegt. Die Gruppe der Demokratisch-Radikalen Union, also die rechtsstehenden Abgeordneten, die sich von der großen Koalition getrennt haben, hat unter Vorsitz des Senators Chaumet eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt, daß nach Ansicht der Partei es für das Land von vitalem Interesse sei, daß das Parlament in Stand gesetzt werde, unverzüglich über die neuen Finanzprojekte der Regierung sich auszusprechen.

287 Milliarden Schulden.

Bei einer linksrepublikanischen Kundgebung in Fontainebleau erklärte Herriot, seine Regierung sei für die schwebende Finanzlage nicht verantwortlich. Als er Ministerpräsident geworden sei, habe die langfristige Schuld 159 Milliarden, die kurzfristige 37 Milliarden und die schwebende Schuld 91 Milliarden betragen. Dazu können noch die Schulden bei den Alliierten, über die man augenblicklich verhandele. Ein Land mit einer so hohen schwebenden Schuld sei nicht mehr vollkommen Herr seiner inneren Politik und habe auch hinsichtlich der äußeren Schuld volle Freiheit über seine auswärtige Politik. Das sei die Wahrheit, die auszusprechen eine patriotische Pflicht sei. Auf seine Aufforderung der Einigkeit sei ihm geantwortet worden, man wolle eine Einigkeit der Reaktion wie zu den Zeiten der alten Kammer. Er wende sich aber an alle Franzosen, damit sie in richtiger Erkenntnis ihrer Pflichten und Interessen alles zur Befreiung des Frank und zur Amortisierung der französischen Schuld unternehmen. Er habe nicht die Absicht, sich vor den Forderungen der Privilegierten und vor den Drohungen der Steuerhinterzieher zu beugen.

Der französische Studentenstreik verfolgt keine politischen Ziele.

Paris, 4. April. Obwohl der Studentenstreik in Paris nur zwei Tage dauern sollte, sind, wie die Abendblätter feststellen, die Vorlesungen der Sorbonne heute nicht besucht worden. Das Streikkomitee hat eine Tagesordnung angenommen und nochmals gegen die Betrauung des Professors Scelle mit einer Vorlesung an der Sorbonne protestiert und auch die Beurteilung der Studenten und die Absetzung des Dekans Barthelemy abgelehnt. Das Streikkomitee verwahrt sich dagegen, daß seiner Kundgebung ein politischer Charakter zugesprochen werde, und fordert zur Fortsetzung des Kampfes auf. Ministerpräsident Herriot hat gestern eine